

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B.XXIV/96

Bonn, den 22. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Scheinbare Widersprüchlichkeiten ----- Die eigenartige Lage der Großen Koalition	40
2	Wenn man hier sparen könnte... ----- Wachsende Rüstungsausgaben in der Welt Von Heinrich G. Ritzel	33
2	Nonsens der Doktrinen -----	19
3 - 4	Nenni soll de Gaulle ersetzen ----- Große Publizität in Jugoslawien Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	71

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Leben aus zweiter Hand
Betrachtung über den Gegensatz zwischen Haus-
frau und berufstätiger Frau

Ei-Einkauf mit Gebrauchsanweisung?
Neue EWG-Norm für die Kennzeichnung von Frischeiern

Annemarie Renger wieder als Kandidatin für den Bundestag nominiert
Kurzmeldungen

Scheinbare Widersprüchlichkeiten

Die eigenartige Lage der Großen Koalition

sp - Noch vier Monate sind es bis zu den Wahlen zum 6. Deutschen Bundestag. Dieser Termin wirft heute schon lange Schatten. Die Politik der Großen Koalition kann sich ihm nicht entziehen, sie wird davon betroffen. Es ist ein eigenartiger Zustand, wie es ihn bisher in der zwanzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben hat.

Die Unions-Parteien und die Sozialdemokraten stellen die Regierung, sie müssen regieren, liegen aber auch miteinander auf vielen Gebieten im Streit. Das Regierungsprogramm vom 13. Dezember 1966, auf das sich beide Parteien einigten und das die Konsequenz aus dem Versagen der Regierung Erhard/Mende war, muß noch erfüllt werden. Wichtige Vorlagen stehen auf der Tagesordnung der deutschen Innenpolitik; um eine der wichtigsten zu nennen, die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall. Hier dürfte es noch nach langen Hin und Her zu einer Einigung kommen, aber andere, ebenso wichtige Gesetzesvorlagen geraten infolge der inneren Spannungen der Unions-Parteien in Gefahr, stecken zu bleiben. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang das Städtebauförderungs-Gesetz, die Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord und Völkermord und der Atomwaffensperrvertrag.

Die beiden letzten Themen enthalten emotionsbeladene Fragestellungen. Manche Kreise in der CDU/CSU sind versucht, daraus durch Überbetonung des Nationalistischen Kapital für sich zu schlagen. Um es gleich zu sagen, das Bemühen, die SPD dadurch zu schlagen, daß man sie rechts überholt, und manche ihrer Parolen übernimmt, muß sich verhängnisvoll für die gesamtdeutsche Politik auswirken. Ein Wahlkampf nach Adenauer-Methoden paßt nicht mehr in unsere Zeit.

Die Wahlkampfaktiver der Unions-Parteien sollten daran denken, daß deutsche glaubwürdige Politik auch nach dem 28. September, unabhängig von der zukünftigen Zusammensetzung des Parlaments und der Regierung, weiterbetrieben werden muß, soll unser Volk nicht zwischen Mühlsteine geraten. So gesehen müßten dem Wahlkampf Grenzen gezogen sein. Wer sie durch Aufputschung leicht zu belebender Ressentiments überschreitet, der begibt sich in ein frevelhaftes Spiel. In der Großen Koalition soll es keine Verwischung von Gegensätzen geben, aber in diesem Streit darf der Gesamtblick für die Lage unserer gespaltenen Nation nicht verlorengehen, auch nicht die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung. Darauf kommt es an. Zum Glück gibt es auch besonnene Kräfte in der CDU, die sich dessen bewußt sind.

- + -

Wenn man hier sparen könnte...

HGR.- Einer einzigen vor kurzem erschienenen Nummer eines Pressedienstes war zu entnehmen, wie hoch der Prozentsatz an Verteidigungsausgaben ist, der zu Lasten des Bruttosozialprodukts im letzten Jahr aufgebracht wurde. Nach offen ausgebrachten Titeln jedes Etats leistet Israel 12,2 Prozent seines Bruttosozialprodukts für Verteidigung, USA 9,2 Prozent, die Sowjetunion 9 Prozent, Großbritannien 5,6 Prozent, Frankreich 4,3 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland 3,6 Prozent. Von anderen Staaten, so von der DDR und von den arabischen Staaten liegen keine zuverlässigen Zahlen vor. Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Asien und Afrika und an der Grenze zwischen China und der Sowjetunion erfordern zusätzliche Aufwendungen. Wertvolles Material und menschliche Arbeitskraft werden vergeudet, Menschen getötet oder zu Krüppeln geschossen, die stehenden Heere vermehrt.

Nach amerikanischen Angaben soll die sowjetische Armee zur Zeit 144 Divisionen umfassen, von denen 115 in voller personeller Stärke vorhanden sind. Dazu kommen 23 Divisionen der russischen Verbündeten. Westlich der Weichsel unterhält der Warschauer Pakt 65 Großverbände mit 20.000 Panzern, 750 Mittelstrecken-Raketen und 10.000 Flugzeugen.

Der Sowjeteinmarsch in die CSSR hat in mehreren Ländern zu einer Erhöhung des Verteidigungsetats geführt. Die Türkei wendet drei Mrd. türkische Pfund mehr auf als bisher. In der Bundesrepublik Deutschland stehen 2,5 Mrd. DM in den nächsten drei Jahren über die Ansätze der mittelfristigen Finanzplanung hinaus zur Verfügung. Dänemark erhöhte um 55 Mio. Kronen, Italien um 96 Mrd. Lire, die Niederlande um 225 Mio. Gulder, Norwegen um 247 Mio. Kronen.

Welche Vergeudung, welch wirtschaftlicher Leerlauf! Wieviel Glück könnte finanziert werden, wenn die Menschen vernünftig wären. Willy Brandt, unser Außenminister, weist immer mehr zu Recht auf die Notwendigkeit einer friedlichen Verständigung, eines vernünftigen Miteinanderlebens der Völker Europas und der Welt hin. Seine Bemühungen werden von der Sozialisten aller Länder und von allen anderen Friedensfreunden unterstützt. Wann wird die Welt Vernunft annehmen?

+ + +
Nonsens der Doktrinen

sp - Der mit politischer Phantasie, mit Energie und mit Fleiß unternommene Versuch der führenden SPD-Politiker, die Bonner Ost- und Deutschlandpolitik aus den erstickenden Klammern von festgefahrener Doktrinen in eine, wie Herbert Wehner soeben erst wieder sagte, "offene und unbefangene" Haltung hinüberzuleiten und sie gegen neue Einschränkungen durch dogmatische Bedingungen zu bewahren, hat in den Verästelungen der publizistischen Reaktionen zu einem erstaunlichen Ergebnis geführt. Eine große westdeutsche Zeitung, die durch ihre liberale und fortschrittliche politische Haltung bekannt und bemerkenswert ist, fand für dieses pragmatische, offene und unbefangene Verhalten der SPD-Führung die neue Klammerbezeichnung "Wehner-Doktrin". Eben erst scheint es gelungen zu sein, die sog. "Hallstein-Doktrin", die jahrelang den politischen Bewegungsspielraum der Bundesrepublik eingeengt und in Sackgassen gedrückt hat, auch verbal zu überwinden, da werden wir mit einer neuerfundener "Doktrin" konfrontiert, die eine politische Haltung doktrinieren will, die vom Ansatz aus und in ihrem Trend das Gegenteil einer Doktrin sein will und sein muß, wenn sie Erfolg bringen soll. Daher muß der unglückliche Begriff "Wehner-Doktrin" verschwinden, bevor er überhaupt noch mehr als Druckerschwärze geworden ist.

Nenni soll de Gaulle ersetzen

Große Publizität in Jugoslawien

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

De Gaulles Abgang hat Jugoslawiens Außenpolitiker einiger Illusionen beraubt. Die Politik der Auflösung der Blöcke, die von Belgrad und Paris gemeinsam betrieben wurde, dürfte auch nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich kaum in jenem Ausmaß fortgesetzt werden, wie es zur Zeit der Regierung des Generals der Fall gewesen ist. Die jugoslawische Presse hat daher auch vollkommen darauf verzichtet, den einen oder anderen französischen Präsidentschaftskandidaten zu präferieren oder zu applaudieren; darüber hinaus wird nun zum erstenmal jene Kritik an Frankreich deutlich, mit der man während der Regierungszeit de Gaulles recht vorsichtig gewesen war. Sie bezieht sich vor allem auf die Haltung der französischen Vertreter in der EWG, die sich weigern, dem Agrarland Jugoslawien größere Marktanteile einzuräumen.

Der Besuch des deutschen Bundesministers Höcherl, der auf der landwirtschaftlichen Messe von Novi Sad (Neusatz) weilte und mit Gesprächen zwischen ihm und hohen jugoslawischen Regierungsvertretern begann, stand daher auch vollkommen in Zeichen der jugoslawischen Annäherungsversuche an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Doch weitaus größeres Aufsehen erreichte der Besuch des italienischen Außenministers Pietro Nenni, der am 18. Mai begann und von der jugoslawischen Presse - offenbar auf Initiative von oben her - ganz groß herausgestrichen wurde.

Wenngleich sich Italien als gleichfalls landwirtschaftlich orientiertes Land zwar auch, wie Frankreich, gegen höhere Fleischexporte aus Jugoslawien wendet, so glaubt man in Belgrad sogar auf diesem kritischen Sektor eine gewisse Identität der Standpunkte oder Ausgangspositionen feststellen zu können: Italien befindet sich gegenüber den anderen Mitgliedern der EWG in genau derselben Lage wie Jugoslawien gegenüber allen sechs.

Doch in den Gesprächen, die Nenni mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Mika Spiljak, der Italien bereits besucht hat, dessen Nachfolger Mitja Ribičić und Präsident Tito führte, ging man auf solche etwas peinlichen Aspekte des nachbarschaftlichen Verhältnisses zwischen Italien und Jugoslawien lieber nicht ausführlich ein. Hingegen wurde fest-

gestellt, daß es zwischen den beiden Ländern, die 1953 noch in einen Krieg um die ehemals österreichische Hafenstadt Triest einreten wollten, keine nationale Probleme mehr gibt, obgleich es Minderheitenfragen auf beiden Territorien gibt. Mit Genugtuung ist in Belgrad festgestellt worden, daß die revanchistischen Kreise in Italien, die eine irredentistische Bewegung in den istrischen und dalmatinischen Küstengebieten zu entfachen suchen, kaum noch eine aktuelle Rolle spielen, und mit grossem Interesse hat man ein kürzlich erschienenenes Buch zur Kenntnis genommen, das in Italien erschienen ist, den Titel "Jugoslawien heute" trägt und eine Art Abrechnung mit der faschistischen Vergangenheit darstellt.

Meinungsähnlichkeiten oder sogar Identitäten bestehen zwischen Belgrad und Rom auf verschiedenen Sektoren: Beide Regierungen setzen sich für eine Entspannung im Mittelmeer ein, in dem sich inzwischen auch bulgarische Einheiten befinden, ohne dabei, wie andere, vor allem arabische Länder es tun, zunächst auf den Rückzug der 6. amerikanischen Flotte und dann auf den Abzug der sowjetischen Schiffe zu bestehen. Sowohl die jugoslawische als auch die italienischen Regierung setzen sich für eine moderne Politik gegenüber den Sowjets und den Amerikanern ein, die das europäische Bewußtsein wieder in den Vordergrund stellt.

Wie gut die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien tatsächlich sind, beweisen einige Zahlen und Angaben: Der jugoslawische Export nach Italien beläuft sich auf 176 Millionen, der jugoslawische Import aus Italien auf 268 Millionen Dollar - Italien ist Jugoslawiens bedeutendster Lieferant an synthetischen Fasern, Gummi und elektrischen Haushaltsgeräten, während Jugoslawien dafür mit Holz, Bauxit, Zellulose, Walzstahl und Schienen bezahlt. Wirtschaftliche Kooperations- und Lizenzverträge bestehen u.a. zwischen FIAT und dem größten jugoslawischen Automobilhersteller, "Crvena Zastava" ("Rote Pflanze") in Kragujevac, dem staatlichen Erdölkonzern ENI und der jugoslawischen Partnerfirma INA sowie den Elektrofirmen "Rade Končar" in Zagreb und "Castor", und jährlich werden an der jugoslawisch-italienischen Grenze rund 6,3 Millionen Reisende registriert, was heißt, daß wir es hier mit einer der offensten Grenzen Europas zu tun haben.

Pietro Nenni, der einen langen politischen Weg vom Stalinpreisträger zum demokratischen Sozialisten zurückgelegt hat, wird daher in Belgrad gefeiert, als wäre er der neue de Gaulle Europas. Aber nicht nur Italien, sondern ganz Westeuropa werden von einer Annäherung zwischen dem NATO-Land und Jugoslawien langzeitige politische Vorteile haben.